

Berufsfeld Gesundheitsmarkt

Dominique Meyer

Dominique Meyer wählte nach seinem Studium der Politikwissenschaft den beruflichen Einstieg als Trainee in der Stabsstelle Politik der AOK Sachsen-Anhalt. Die anschließende Tätigkeit als Referent für Grundsatzfragen ermöglichte vertiefte Kenntnisse über die Gestaltungsmöglichkeiten gesetzlicher Krankenkassen in Gesundheitsmarkt und -politik. Ab 2007 verantwortete er als Presse- und Marketingreferent die interne und externe Unternehmensdarstellung der Salus BKK, einer mittelständischen Betriebskrankenkasse. Seit April 2012 ist Dominique Meyer wissenschaftlicher Assistent bei der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft- und Gestaltung e.V. und Lehrbeauftragter an der Universität Mainz.

Können der Gesundheitsmarkt, in dem bereits 2010 über 287 Mrd. Euro ausgegeben wurden und das damit verbundene Politikfeld, für Politikwissenschaftler mehr sein als ein Forschungsgegenstand? Und wenn ja, bieten dann die derzeit ca. 145 gesetzlichen Krankenkassen (Stand März 2012) Politikwissenschaftlern Berufs- und Karrierechancen?

Haifisch werden?

Gesundheitspolitik, das sei Wasserballett im Haifischbecken. Das gern genutzte Norbert Blüm-Zitat gibt dem ein Berufsfeld suchenden Politikwissenschaftler nicht nur Gefühl von der Härte der Verteilungskämpfe im Gesundheitsmarkt. Vielmehr stellt es auch einen Hinweis auf die Vielzahl beteiligter Akteure dar. Und wo Milliardensummen bewegt werden, politische Regulierung hoch ist: Da wollen Interessen artikuliert sein. Kurz: Public- Affairs-Abteilungen der (Pharma-)Unternehmen, Verbände und nicht zuletzt die Kostenträger (Versicherungen) können je nach Sichtweise „Haifische“, legitime Interessenvertretung und eben auch Arbeitgeber sein. Gleichwohl wird sich dem Politikwissenschaftler auch bei der Stellensuche im „Haifischbecken“ ein vertrautes Bild bieten. Nur sehr selten wird eine Stellenbeschreibung ausschließlich einen politikwissenschaftlichen Abschluss verlangen. In Konkurrenz mit Juristen, (Gesundheits-) Ökonomen und anderen Sozialwissenschaftlern kann das politikwissenschaftliche Studium nur eine notwendige, selten jedoch eine hinreichende Bedingung für einen Karrierestart sein. Und dies gilt auch für jenen Absolventen, der sich entscheidet eine gesetzliche Krankenkasse als Arbeitgeber in Betracht zu ziehen.

Weniger Kassen mehr Chancen?

Im März 2012 hatten die ca. 70 Mio. gesetzlich-versicherten Bundesbürger die Wahl zwischen 145 Krankenkassen. Die Anzahl dieser Körperschaften öffentlichen Rechts mag hoch erscheinen, für langjährige Beobachter aber ist ein scheinbar unaufhaltsamer Konzentrationsprozess unübersehbar. Schließlich konnten Anfang der 1990er Jahre noch über 1100 dieser Unternehmen gezählt werden. Hinzu kommt: Gerade in der Berufswelt gesetzlicher Krankenkassen manifestiert sich die hohe Wertigkeit des bundesdeutschen dualen Ausbildungssystems. Die Ausbildung zum

Sozialversicherungsfachangestellten qualifiziert nicht nur in hervorragendem Maße für Positionen in der Sachbearbeitung. Verbunden mit Fort- und Weiterbildungen sind mit dieser Ausbildungsgrundlage auch Führungspositionen gegebenenfalls leichter erreichbar als mit manchem Studium. Die Mehrzahl der vakanten Positionen in der gesetzlichen Sozialversicherung, die für Akademiker in Frage kommen, wird nicht zuletzt eher für Absolventen eines wirtschaftswissenschaftlichen, juristischen, psychologischen oder medizinischen Studienganges in Frage kommen. Ist hiermit die Antwort bereits vorweggenommen? Bieten gesetzliche Krankenkassen kein Berufsfeld, auf dem politikwissenschaftliche Expertise nachgefragt wird? Wer eine Antwort auf diese Frage sucht, wird feststellen, dass seit der Einführung der freien Kassenwahl der Wettbewerbsdruck unter den gesetzlichen Krankenkassen enorm zugenommen hat. Und dies birgt bessere Chancen für „Exoten“: Denn Marktforschung, Presse- und Marketingarbeit müssen auch bei kleineren Krankenkassen weiter an Stellenwert bei der Zielgruppenansprache und Kundenbindung gewinnen. Womit neben der politischen Interessenvertretung und dem Monitoring von Gesetzgebungsverfahren, was in Stabsstellen großer Kassen für die Beschäftigung von Sozialwissenschaftlern sorgt, zwei weitere wichtige potentielle Einsatzbereiche für Politikwissenschaftler in der GKV benannt sind.

Doch Sie wissen nicht, was wir tun (können)!

Wenngleich in Ausschreibungen für die benannten Stellen (Kommunikation, Marketing oder Politik) nicht ausschließlich oder explizit Politikwissenschaftler gesucht werden - sozialpolitisch interessierte Absolventen sollten den Stellenmarkt gesetzlicher Krankenkassen nicht außer Acht lassen. Dass allerdings bei der Besetzung dieser Positionen die Wahl des Studienfaches zwar wichtig ist, die erste Praxiserfahrung aber für einen Einstieg eine besonders große Rolle spielt, ist ein bekannter und fast selbstverständlicher Umstand. Häufig kann ein Absolvent der Politikwissenschaft mit dem Verweis auf Praktika oder Nebentätigkeiten einfach plausibler darlegen, dass eine passende Position in einer politischen Stabsstelle oder in einer Kommunikationsabteilung angestrebt wird. Schließlich erleben auch viele Personalverantwortliche in der gesetzlichen Krankenversicherung die Umsetzung politikwissenschaftlicher Expertise vielleicht gerade einmal an einem Wahlsonntag. Oder um im Branchenbild zu bleiben: Von den durchschnittlich 18 Arztkontakten eines Bundesdeutschen innerhalb eines Jahres – und dem damit verbundenen sehr klar wahrgenommenen Wissen und Aufgabengebiet eines Mediziners – sind Politikwissenschaftler nun einmal weit entfernt. Wollen also beispielsweise „medienaffine“ Politikwissenschaftler von dem längst erwarteten steigenden Personalbedarf in den Kommunikationsabteilungen der gesetzlichen Krankenkassen profitieren (Relevanz von Social-Media), so wird der Hinweis auf entsprechende Praxiserfahrung über den Recruitingenerfolg entscheiden. Dies hat auch durchaus seine Berechtigung: Schließlich lässt das politikwissenschaftliche Studium zwar auch in hervorragendem Maße notwendige Kernkompetenzen eines „PR-Arbeiters“ (Analysestärke, Abstraktions- und Präsentationsvermögen) trainieren, gleichwohl können die im politikwissenschaftlichen Studium etablierten Formen der „Wissensprüfung“ (Hausarbeiten, Referate etc.) ein praktisches Training der Recherche- und Textkompetenz in Agenturen, Unternehmen oder Medien nicht ersetzen. Leider bieten derzeit nur wenige gesetzliche Krankenkassen die Möglichkeit, im Rahmen eines Traineeships oder Volontariats diese wichtigen Kernkompetenzen zu vermitteln und so den Einstieg für „Exoten“ zu erleichtern. Wo dies aber doch geschieht, da eröffnet sich für Politikwissenschaftler ein Berufsfeld, in dem sie mit interdisziplinärem Denken, Methoden- und Textkompetenz einen entscheidenden Beitrag dazu leisten können, dass Sozialgesetzgebung für unterschiedliche Zielgruppen übersetzt und vermittelt wird. Es bleibt zu hoffen, dass ohne die Aufgabe der wichtigen akademischen Distanz zur Tages- oder Unternehmenspolitik, viele politikwissenschaftliche Lehrstühle Wege finden, den Austausch mit Verantwortlichen in Unternehmen – und eben auch gesetzlichen Krankenkassen – zu pflegen. Denn durch die Einbeziehung von Praktikern in die Lehre oder durch die Vergabe praxisrelevanter

Studienarbeiten lassen sich gegebenenfalls noch bestehende Barrieren bei der Stellenvergabe an Absolventen politikwissenschaftlicher Studienfächer ausräumen. Die Steigerung der persönlichen Kontakthäufigkeit von Politikwissenschaftlern mit einem möglichen Gegenstand ihrer Forschung kann dazu beitragen, dass auch ein klareres Bild von den Kompetenzen ihrer Absolventen entsteht. Spannende Anlässe politikwissenschaftliche Expertise unter Beweis zu stellen, sollten sich gewiss finden lassen: Denn gerade in diesem Politikfeld bewahrheitet sich Legislaturperiode für Legislaturperiode: „Nach der Reform ist vor der Reform,...“.